

*Verehrte Damen und Herren,*

*liebe Kolleginnen und Kollegen,*

der erste Infobrief des Jahres 2013 widmet sich der unermüdlichen Arbeit innerhalb unserer Fachbereiche und zeigt Ihnen auf anschauliche Weise deren Aktivitäten.

Der Fachbereich Forst des VHBB hat gemeinsam mit dem fachlich nahestehenden Verband „Bund Deutscher Forstleute (BdF)“ ein gemeinsames Thesenpapier über eine nachhaltige Forstpolitik in Bayern erarbeitet und darin Forderungen an die bayerische Politik formuliert. Rechtzeitig zu den Landtagswahlen im Herbst diesen Jahres haben beide Verbände damit eine gemeinsame Positionierung zu wichtigen forstfachlichen Themenschwerpunkten entwickelt und aufgezeigt, wie effektiv eine Zusammenarbeit von Verbänden aus der 3. und der 4. QE funktionieren kann, wenn es um fachliche Themen geht. Beide Verbände bringen diese gemeinsam in die öffentliche Diskussion ein, im organisatorischen Verbund wurden von beiden Verbänden alle Fraktionen im Bayerischen Landtag zu forstpolitischen Fachgesprächen eingeladen. Der Bericht über diese Gespräche lesen Sie auf den nächsten Seiten.

Ich begrüße diese laufbahnübergreifende Zusammenarbeit sehr, zeigt sie doch auf, dass wir als Berufsverbände – neben wichtigen beamtenpolitischen Fragestellungen – natürlich auch fachliche Themen gegenüber der Politik formulieren und weiterentwickeln wollen!

Auch unser Fachbereich Lebensmittelchemie war sehr aktiv, zum ersten Mal seit seinem Bestehen hatten wir die Möglichkeit, über so wichtige Anliegen, wie dem Erfordernis ausreichender Personalausstattung bei der Lebensmittelkontrolle mit dem zuständigen Ressortminister zu sprechen. Staatsminister Dr. Marcel Huber lud uns zu sich ins Ministerium ein und nahm sich für dieses Gespräch viel Zeit. Er zeigte sich gegenüber unseren Belangen sehr offen, zeigte aber auch die Grenzen seines Handelns, gerade bei der Beschaffung von Personal auf.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, beide Fachbereiche zeigen auf erfrischende Weise ihr Engagement für unseren Verband und für unsere Gesellschaft. Eine nachhaltige Forstpolitik in Bayern ist für unsere Bürgerinnen und Bürger ebenso wichtig wie die ständige Überwachung unserer Lebensmittel und vieler anderer Produkte. Unser Verband fühlt sich dem Gemeinwohl verpflichtet und arbeitet täglich daran.

Bei der Lektüre wünsche ich Ihnen viel Spaß!

Mit den besten Grüßen

Ihr



Mathias Pfeil



#### Inhaltsverzeichnis

 Seite 2

**Nachhaltige Forstpolitik für Bayerns Wälder und Bayerns Bürger**

**Forstpolitische Gespräche des VHBB und BDF**

 Seite 4

**Gespräch des Fachbereichs Lebensmittelchemie mit Staatsminister Dr. Marcel Huber**

#### Impressum



# Nachhaltige Forstpolitik für Bayerns Wälder und Bayerns Bürger

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im VHBB,

mit obigem Slogan haben wir unser forstpolitisches Thesenpapier überschrieben. Nach vielen Jahren haben wir damit wieder eine neue Positionierung erarbeitet und bringen diese rechtzeitig vor der Landtagswahl in die öffentliche Diskussion ein.



Die Forstreform 2005 hat die Forstpartie in mehrere Organisationsblöcke zerteilt: Die Bayerische Forstverwaltung, die Bayerische Staatsforsten AöR (BaySF) und die Forstlichen Verbände. Als VHBB verstehen wir uns als Klammer und sehen es als unsere Aufgabe, eine einheitliche Position zu entwickeln. Dass wir dies mit den Kolleginnen und Kolle-

gen vom Bund Deutscher Forstleute (BDF) gemeinsam umsetzen konnten, freut uns besonders.

Die Bayerische Forstwirtschaft braucht für die nächsten Jahre langfristig geltende politische Entscheidungen mit Weitblick, damit nicht der 300. Geburtstag des Begriffes „nachhaltende Nutzung“ erneut der Ausgangspunkt für einen weiteren Personalabbau wird. Wir Forstleute schauen mit Skepsis auf „runde Geburtstage“!

Vor diesem Hintergrund führen wir derzeit Seite an Seite mit den Kollegen vom BDF „forstpolitische Fachgespräche“ mit den Landtagsfraktionen. In bisher sehr offenen und konstruktiven Gesprächen entstand und entsteht ein neuer Dialog mit den Abgeordneten des Bayerischen Landtages. Bei allen Fraktionen wurde das Positionspapier bisher mit großem Respekt aufgenommen und mündete oft in den Tenor: „Das Thema Wald ist gerade auch vor dem Hintergrund des Klimawandels und der Energiewende hochaktuell – gehen sie auch künftig aktiv auf die Politik zu!“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nutzen auch Sie Ihre Möglichkeiten vor Ort und bringen Sie die forstlichen Positionen unseres VHBB in die Diskussionen ein. Wir vom Fachbereichsrat werden es mit Sicherheit tun.

Ludwig Angerer, Fachbereich Forst

## Forstpolitische Gespräche des VHBB und BDF

### Meinungsaustausch mit der CSU

Das erste Gespräch fand am 20. Februar mit Abgeordneten der CSU-Fraktion statt. Von der ebenfalls eingeladenen FDP-Fraktion erschien leider kein Vertreter. Die Landtagsabgeordneten wurden zusätzlich durch den Bundestagsabgeordneten Josef Göppel verstärkt, der extra für unseren Termin aus



Mitglieder der CSU-Fraktion im Landwirtschaftsausschuss nach dem Gespräch mit den Forstlichen Berufsverbänden VHBB und BDF

Berlin angereist war. In seinem Eingangsstatement ging Herr Göppel vor allem auf die Reviergrößen ein. Seit der Forstreform habe der Freistaat die größten Forstreviere in ganz

Deutschland: Seiner Ansicht nach aber dürfen Reviere maximal so groß sein, dass ein Förster sie in seiner Gesamtverantwortung auch überschauen kann. Er sprach sich außerdem für einen besseren Austausch zwischen Bayer. Forstverwaltung und BaySF aus.

Der Vorsitzende des Landwirtschaftsausschusses, Albert Füracker, MdL bezeichnete unser Positionspapier als „fachlich fundiert“, „ausgewogen“ und „sehr gut aufgemacht“. Die meisten Forderungen liefen allerdings auf eine Stellenmehrung im Forstbereich hinaus. Hierfür sehe er jedoch in seiner Fraktion derzeit keine Mehrheit. Füracker gestand jedoch ein, dass zum Zeitpunkt der Forstreform einige Aufgaben unterschätzt worden seien, sowie andere (z. B. Waldumbau aufgrund des Klimawandels, Energiewende) neu hinzugekommen seien. Für die Zeit nach der Wahl sagte er eine Prüfung zu, ob der Personalabbau im Forstbereich wirklich wie geplant weitergeführt werden muss. Füracker sagte in diesem Zusammenhang eine sofortige Überprüfung zu, ob fälschlicherweise in der Personalabbauverpflichtung der Forstverwaltung von 531 Stellen noch die 54 Stellen aufgrund der Arbeitszeitverlängerung enthalten seien.

Innenstaatssekretär Gerhard Eck, MdL machte unmissverständlich klar, dass es bei der Forstreform kein „Zurück“

gebe. Acht Jahre nach dieser Reform sei es jedoch selbstverständlich, dass man die Auswirkungen überprüfen und auch entsprechend „nachjustieren“ müsse. Deutlich unterschätzt wurde 2005 der notwendige Umfang der forstlichen Öffentlichkeitsarbeit, die entsprechend ausgebaut werden müsse. Es wäre zudem zu prüfen, ob bei Forstrevieren mit sehr hohen Fahrtzeitanteilen eine sinnvolle Größengrenze nicht überschritten sei. Man müsse daher den Personalabbau überdenken. Die Abgeordneten Dr. Hünnerkopf, Ländner und Ströbel unterstützten diese Überprüfung des Personalabbaus. Die Abgeordneten Biechl, Dr. Hünnerkopf und Rudrof betonten ihr eindeutiges Bekenntnis zu einer flächendeckenden, naturnahen und multifunktionalen Forstwirtschaft anstelle weiterer Flächenstilllegungen und einer Intensivierung auf der Restfläche. Wichtig erschien den Abgeordneten auch die Verbesserung des Personalaustausches zwischen Forstverwaltung und Bayerischen Staatsforsten (Füracker, Dr. Hünnerkopf). Ebenso wie Staatssekretär Eck forderten auch die Abgeordneten Ländner und Rudrof eine deutliche Intensivierung der forstlichen Öffentlichkeitsarbeit.

### Meinungsaustausch mit der SPD

Beim forstpolitischen Austausch mit der SPD-Fraktion nahmen alle drei SPD-Vertreter im Landtagsausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten teil. Die forstpolitische



Die Teilnehmer des Meinungsaustausches mit den Abgeordneten der SPD

Sprecherin, Maria Noichl, beklagte die „völlige Entpolitisierung“ des Forstes durch die Forstreform. Der Vorstand der Bayerischen Staatsforsten habe aufgrund seiner sehr einseitig ökonomischen Ausrichtung den Blick auf den Gesamtnutzen des Staatswaldes sowie die Situation der dort Beschäftigten „völlig verloren“. Der Beirat der BaySF sei ein reines „Alibigremium“, das so gut wie keine verwertbaren Informationen erhalte. So sei eine Kontrolle der BaySF durch die Politik definitiv nicht mehr möglich. Im Kommunalwald finde nach Empfinden von Noichl ein schleichender Rückzug des staatlichen Forstpersonals statt. Angesichts des fortschreitenden Personalabbaus in der Forstverwaltung sei in ihren Augen der 'Pakt für den Kommunalwald' nicht viel wert. Generell sehen alle drei SPD-Abgeordnete den Personalabbau im Bereich von Forstverwaltung und BaySF wesentlich kritischer als die CSU. Bei der Forstreform wären zahlreiche Auf-

gaben unterschätzt worden (z.B. Forstaufsicht im Staatswald, Öffentlichkeitsarbeit). Zusätzlich seien für die Forstleute mehrere Herausforderungen (z.B. Waldumbau aufgrund des Klimawandels, Energiewende) hinzugekommen. Annette Karl bekräftigte, dass Forstverwaltung und Staatsforsten angesichts der „Jahrhundertaufgabe Waldumbau“ nicht weniger, sondern mehr Personal bräuchten. Noichl ergänzte, dass die SPD im Falle einer Regierungsbeteiligung im Herbst 2013 eine moderate Stellenanhebung im Forstbereich plane. Dies sei mit dem Spitzenkandidaten Ude, der Fraktionsspitze und den SPD-Finanzpolitikern bereits abgesprochen.

Zu Stilllegungsforderungen von Waldflächen stellte Noichl klar, dass die SPD in Bayern hinter dem integrativen Ansatz der Forstwirtschaft stehe.

Das Forstpersonal solle auf den Waldflächen ohne Schutzstatus eine naturnahe und vorbildliche Forstwirtschaft betreiben und vollständig für den Waldnaturschutz in Bayern zuständig sein. Allerdings sage die SPD „Ja“ zu einem Nationalpark Steigerwald, da es in Bayern noch keinen Laubholz-Nationalpark gebe. Vor dem Hintergrund der Greenpeace-Kampagne im Spessart bekräftigte Horst Arnold, dass der Förster vor Ort als Ansprechpartner durch nichts zu ersetzen sei. Falle der ausgleichende Förster aus, würden extreme Gruppierungen die Meinung bilden und viele Konflikte würden politisch. Daher müsse auch BaySF-Revierleitern Arbeitszeitanteile für Öffentlichkeitsarbeit eingeräumt werden. Ein weiteres sehr wichtiges Anliegen sei der Bayern-SPD laut Noichl schließlich eine waldfreundliche Weiterentwicklung der Jagd. In vielen Fällen seien immer noch deutlich überhöhte Wildbestände der Haupt-Hemmschuh für den klimagerechten Waldumbau sowie für die Schutzwaldsanierung. Die SPD werde sich daher für eine Angleichung der Jagdzeiten sowie für freiwillige Hegeschauen einsetzen.

### Runde bei den Freien Wählern

Der Fraktionsvorsitzende Hubert Aiwanger betonte bereits bei seinem Eingangsstatement, dass sich die Trennung von Forstverwaltung und BaySF nicht bewährt habe. Man müsse deshalb ernsthaft darüber nachdenken, die beiden Teile wieder zusammenzuführen. Der Staatswald solle musterhaft bewirtschaftet und die dabei gewonnenen Erfahrungen dann auf dem Beratungsweg an die Privatwaldbesitzer weitergegeben werden. Weiterhin würden die Aufgaben im Forstbereich immer mehr, das Personal dagegen immer weniger. Die Freien Wähler hätten daher mehrfach Anträge zu einer Personalaufstockung im Forstbereich gestellt, diese seien von der



Die Gesprächsrunde bei den Freien Wählern



Regierungsmehrheit jedoch regelmäßig abgelehnt worden. „Die Reviere müssen wieder kleiner werden!“ Auch der forstpolitische Fraktionssprecher, Dr. Leopold Herz, sowie der Fraktionssprecher für den Öffentlichen Dienst, Peter Meyer, unterstrichen diese beiden Punkte sehr deutlich. Aiwanger betonte weiterhin, dass die Privatwald-Beratung ausgebaut werden müsse, wobei die Mobilisierung der Holzreserven im Kleinprivatwald eine zentrale Aufgabe dieser Beratung sei. Wörtlich ergänzte er: „Wir brauchen Euch Förster bei der Beratung!“ Beim Thema Wald und Wild wünschte sich Aiwanger „mehr Ruhe“. Er plädierte darüber hinaus für eine stärkere Eigenverantwortung der Waldeigentümer und Jäger vor Ort. Die agrarpolitische Sprecherin der Freien Wähler, Ulrike Müller, sprach sich im Namen ihrer Fraktion klar gegen großflächige Stilllegungen im Wald aus. Eine verantwortungsvolle, nachhaltige Nutzung auf der ganzen Fläche sei viel sinnvoller als Vollschutzflächen. Auch Günther Felbinger wandte sich klar gegen die Aktionen von Greenpeace im Spessart und forderte eine deutlich verstärkte Aufklärung der Bevölkerung. Große Sorgen äußerten alle Abgeordneten der Freien Wähler schließlich im Hinblick auf die Langfrist-Verträge der BaySF

mit den Großsägewerken. Es wurde bezweifelt, ob kleinere Sägebetriebe überhaupt bis zum Ende des „Klausner-Vertrages“ überleben würden. Müller forderte deshalb einen Vorrang für kleine und mittelständische Sägewerke, bei gleichem Preisniveau sollte zunächst an diese vermarktet werden.

**Meinungsaustausch mit Bündnis 90 / Die Grünen**

Der Dialog mit den Abgeordneten von Bündnis 90 / Die Grünen wird leider erst nach Redaktionsschluss für diesen VHBB-Infobrief stattfinden.

**Resümee**

Aus Sicht der Forstlichen Berufsverbände haben sich die fraktionsweisen Gespräche mit den Landtagsabgeordneten sehr bewährt. Die Volksvertreter konnten sich in diesen Runden sehr offen äußern und so kam jeweils ein echter Dialog zustande. Außerdem ist es uns gelungen, die Basis für einen weiteren Austausch mit den Abgeordneten aufzubauen.

Stefan Kramer, Fachbereich Forst

## Gespräch des Fachbereichs Lebensmittelchemie mit dem Staatsminister für Umwelt und Gesundheit Dr. Marcel Huber



vlnr: Dr. Lutz, Leiter Referat Z 2, Dr. Mayer, Leiter Referat 43, Dr. Christoph, stellv. Vorsitz Fachbereichsrat Lebensmittelchemie, Dr. Zapf, Präsident des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) und Dr. Marcel Huber, Staatsminister für Umwelt und Gesundheit, Dr. Werkmeister, Vorsitz Fachbereichsrat Lebensmittelchemie und Herr Pfeil, Vorsitzender des VHBB

Gesundheit und Lebensmittelsicherheit und unser großer Wunsch, lebensmittelchemischen Sachverstand an den Regierungen zu etablieren.

Dr. Knut Werkmeister, Fachbereich Lebensmittelchemie

Am 31. Januar diesen Jahres hatte der VHBB mit seinem Fachbereich Lebensmittelchemie zum ersten Mal seit dessen Bestehen die Möglichkeit, den Verband und seine Anliegen dem zuständigen Fachminister direkt vorzustellen. Auf Einladung von Dr. Marcel Huber, Staatsminister für Umwelt und Gesundheit, fand in einer angenehm offenen und konstruktiven Atmosphäre das erste Gespräch dieser Art statt.

Hauptthemen waren die personellen Probleme im Untersuchungs- und Beurteilungsbereich beim Landesamt für

**Impressum**

**FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH**  
Mathias Pfeil

Dipl.-Ing. Architekt, Abteilungsdirektor  
Bayerische Verwaltung der Staatlichen  
Schlösser, Gärten und Seen

**REDAKTION, SATZ & LITHO**  
Roland Hoffmann, VHBB

**AUTOREN**  
Mathias Pfeil  
Ludwig Angerer  
Stefan Kramer

Dr. Knut Werkmeister

**BILDER**

Dr. Peter Pröbstle  
Roland Hoffmann